



Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (HFA/XV/020/2009)

Sitzungstermin: Donnerstag, den 22.10.2009
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 16:46 Uhr
Ort, Raum: Rathaus-Neubau, Zimmer 413

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Hauke Sattler

stellv. Vorsitzende/r

Herr Paul Foest

Ausschussmitglieder

Frau Sandra Bockhöfer

Herr Dr. Kai Dröge

Herr Walter Düngemann

Herr Olav Fricke

Herr Wilhelm Mohr

Herr Michael Runden

Herr Heinz Dieter Schmidt

Herr Remmer Schröder

stellv. Mitglieder

Herr Bruno Schachner

für Frau Bächle-Fiks

Verwaltung

Herr Bürgermeister Wolfgang Kellner

Herr Dr. Thomas Helmke

Erster Stadtrat

Herr Arnold Hinrichs

Herr Hans-Hartmut Lüken

Herr Hartmut Schubert

zugleich Protokollführung

Herr Dietmar Stracke

Stadtbaurat

Herr Erich Buß

Abwesend:

Ausschussmitglieder

Frau Margrit Bächle-Fiks

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 22-09-2009 (XV/19)
- 3 Entscheidung über die Jahresrechnung 2007 gem. § 101 NGO
- incl. Baubetriebshof -
 - a) Beschluss über die Jahresrechnung
 - b) Entscheidung über die Entlastung des Bürgermeisters
(sh. Schreiben an alle Ratsmitglieder vom 12. Okt. 2009)
- 4 Haushalt 2010
- Investitionsliste (Vermögenshaushalt)
(sh. Anlage)
- 5 Informationen
- 6 Anfragen

Protokoll/Niederschrift:

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnete um 16.00 Uhr die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Sodann begrüßte Herr Sattler Herrn Malzahn von der Ostfriesen-Zeitung sowie die im Fachdienst Finanzen und Beteiligungen derzeit ihre Ausbildung absolvierende Frau Pülscher sowie Herrn Inspektoranwalt Harms.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 22-09-2009 (XV/19)

Beschluss: (10 JA-Stimmen, 1 Enthaltung)

Die Niederschrift wird genehmigt

TOP 3 Entscheidung über die Jahresrechnung 2007 gem. § 101 NGO - incl. Baubetriebshof - a) Beschluss über die Jahresrechnung b) Entscheidung über die Entlastung des Bürgermeisters (sh. Schreiben an alle Ratsmitglieder vom 12. Okt. 2009)

Für Herrn Düngemann war die Zeit der Vorbereitung durch die Politik für eine heutige Beratung bedingt durch den Umfang und die Bedeutung der Vorlage nicht ausreichend, zumal die Verwaltung hingegen über zwei Monate Erstellungszeit hatte. Er bat daher darum, den Beschluss auf die nächste Haushalts- und Finanzausschusssitzung im November zu verlegen.

Frau Bockhöfer schloss sich dieser Aussage an; eine gewissenhafte Durchsicht der Vorlage erfordere mehr Zeit.

In der Tat, so Herr Schmidt, war die Zeit der Durchsicht kurz, doch sehe sich die SPD-Fraktion durchaus in der Lage, eine gewissenhafte Stellungnahme und die erforderlichen Beschlüsse dazu zu fassen. Die SPD-Fraktion signalisiere schon jetzt, dem Bürgermeister die Entlastung erteilen zu können.

Durchaus aber sei sie bereit, den anderen Fraktionen mehr Zeit zur Vorbereitung einzuräumen und einer Verschiebung zuzustimmen.

Der Bürgermeister erläuterte, dass die Anmerkungen des Rechnungsprüfungsamtes sich durch die dargelegten Stellungnahmen weitestgehend erledigt haben dürften; er

werde allerdings kein Problem darin gesehen, der Vertagung aus Sicht der Verwaltung auf Wunsch der Politik zuzustimmen.

Bedacht werden aber müsse, dass die Verwaltung – hier der Fachdienst Finanzen und Beteiligungen – zur Vorbereitung der Antworten zu den Textziffern und Bemerkungen des Rechnungsprüfungsamt von allen Organisationseinheiten entsprechende Informationen liefern und diese hier in der Stellungnahme verständlich einfließen lassen müsse. Das dauere seine Zeit – und vielfach seien klärende Rückfragen erforderlich.

Sicherlich aber werde die Verwaltung die Beratung auf die Novembersitzung verlegen und sich dort den Fragen stellen, soweit nicht schon heute Anmerkungen vorgebracht werden können. Der Stadtbaurat habe extra wegen der Vielzahl der Anfragen an den Fachbereich 2 im Bericht an dieser Sitzung teilgenommen, um spezielle Nachfragen beantworten zu können.

Auch Herr Schachner befand die Vorbereitungszeit als zu knapp; allerdings sei ihm wieder einmal aufgefallen, dass sich viele Anmerkungen des Rechnungsprüfungsamtes wiederholen würden.

Für Herrn Düngemann seien die wiederholten Anmerkungen kein positives Signal, sondern würden aufzeigen, dass aufgrund der Prüfungsbemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes zu wenig Resonanz auf Beseitigung der Probleme erfolge.

Herr Sattler bat um Abstimmung zur Vertagung des Tagesordnungspunktes auf die Novembersitzung.

Beschluss: (9 JA-Stimmen, 2 Enthaltungen)

Behandlung und Beschlussfassung des Tagesordnungspunktes werden auf die Novembersitzung des Haushalts- und Finanzausschusses vertagt.

TOP 4 Haushalt 2010 - Investitionsliste (Vermögenshaushalt) (sh. Anlage)

Der Bürgermeister wies auf die von der Verwaltung erstellte Auflistung der angemeldeten Ansätze der einzelnen Organisationseinheiten für den Vermögenshaushalt 2010 hin, die hier ungefiltert aufgelistet worden seien und eine reine Diskussionsebene darstellen würden, aber noch kein Konzept sei. Zu beachten sei aber auch, dass diese Ansätze teilweise auch aufgrund bestehender politischer Beschlüsse eingebracht worden seien.

Die Verwaltung wolle hier, außer es sei jetzt gewünscht, nicht auf Einzelheiten eingehen, sondern an dieser Stelle die Politik bitten, entsprechende Vorschläge aufgrund dieser Darstellungen frühzeitig an den Finanzbereich zur Umsetzung einzureichen.

Der Verwaltungshaushalt 2010 liege noch nicht vor. Die Mittelanmeldungen seien zwar erfolgt, aber die Umsetzung benötige entsprechend Zeit. Allerdings sei schon

jetzt deutlich erkennbar, dass es für das Jahr 2010 keine guten Prognosen geben werde. Dies seien insbesondere Auswirkungen der internationalen Finanzkrise. Die derzeit diskutierte Steuerpflicht kommunaler Betriebe werde, soweit sie denn in der diskutierten Form realisiert werden würde, den Haushalt ebenfalls stark belasten – und natürlich auch den abgabepflichtigen Bürger treffen.

Noch nicht bekannt seien ebenfalls die notwendigen Daten für die Berechnung des Finanzausgleiches, so das sich auch hier die damit verbundenen großen Auswirkungen auf den Verwaltungshaushalt noch nicht darstellen lassen.

In der Vergangenheit hätten die Jahresabschlüsse in der Regel sehr positive Veränderungen ergeben gegenüber den Planungen; teilweise konnten sogar strukturelle Überschüsse erwirtschaftet werden. Dies werde sich für 2010 wohl nicht abzeichnen, obwohl sich die Situation im Haushalt 2009 unter Berücksichtigung der Finanzkrise derzeit noch recht positiv darstelle.

Als erfreuliche Mitteilung könne er den Zuwendungsbescheid der NBank für die energetische Modernisierung der Hoheellernschule weitergeben; der Zuschuss betrage 2/3-tel (226 T€) der Gesamtkosten. Ohne diese Zusage wäre die Umsetzung des geplanten Standards der Schule gar nicht denkbar gewesen.

Für Herrn Foest seien die Anforderungen der Fachbereiche in der Tat eine Wunschliste; schön für den Bürger, aber in der Höhe nicht gegenfinanzierbar. Aber aus der Sicht der Politik sei dies eine gute Darstellungsform gewesen, wobei bei Umsetzung aller Maßnahmen eine Deckungslücke von rd. 12,5 Mio. € entstehen würde. Das diene sicherlich als Abschreckung, überzogene Anforderungen an den Haushalt 2010 zu stellen; es werde ohnehin schon schwer genug sein, für kommendes Jahr einen ausgeglichenen Vermögenshaushalt aufzustellen.

Frau Bockhöfer bat darum, die Mittel für den geplanten, aber nun doch nicht mehr zu realisierenden Stadtjugendtreff Weststadt zu streichen, um diese dann für andere Aufgaben frei geben zu können.

Außerdem wiederhole sie ihren Vorschlag, einen Abschlagsbetrag jährlich für die gesamten Feuerwehren in der Stadt bereit zu stellen. Die Verteilung der notwendigen Investitionen auf die einzelnen Wehren sollte dann dem Stadtbrandtmeister obliegen. Auch im Bereich Bummert sollte der Sparhebel angesetzt werden.

Hinsichtlich ihrer Anfrage über die Zuschüsse zu den Baggerkosten an die Stadtwerke Leer, AöR erläuterte der Bürgermeister, dass die Stadt an der Gesamtmaßnahme einen Eigenanteil von 50% trage; dies werde noch 2 Jahre weiter gehen.

Herr Schachner wies auf die Finanzierung der geplanten Investition des Schützenvereines Loga hin und vertrat die Ansicht, dass hier alle Betroffenen sich beteiligen müssten.

Zudem sollte man über eine kooperative Zusammenlegung der Feuerwehren in Logabirum und Loga nachdenken, zumal sich das neue Gebäude der Wehr in Loga sehr nahe an der Grenze zu Logabirum befände.

Herr Schmidt äußerte sich zu dem am Vortag gefassten Beschluss zum Jugendtreff Weststadt und machte deutlich, dass seine Fraktion darauf bestehe, dass die frei werdenden Mittel nicht allgemein im Haushalt, sondern zielgerichtet für entsprechende Projekte für die Jugend in der Weststadt verwendet werden sollten.

Die SPD-Fraktion hatte befürwortet, den sozialen Probleme in diesem Stadtteil durch die Schaffung einer Ganztagschule entgegenzutreten zu können. Für die Umsetzung dieses Zieles sollten die Mittel vorgehalten werden.

Ein Vorschlag zur Deckelung des jährlichen Investitionsvolumens bei den Feuerwehren müsse nach Ansicht von Herrn Foest durch die Verwaltung erbracht und dann fraktionsübergreifend grundsätzlich Unterstützung finden.

Dies sei ebenfalls denkbar für den Bereich der Schulen.

Dagegen halte er die Zusammenlegung der Wehren Loga und Logabirum für keine gute Lösung. Sicherlich sei der Umbau des Feuerwehrgebäudes in Loga zu teuer gewesen. Dadurch würde aber signalisiert werden, dass bedingt durch die teure Baumaßnahme andere Wehren weniger Unterstützung bekommen könnten und sie daher gegebenenfalls sogar zusammenlegen wolle. Dies wäre der Beginn einer Berufsfeuerwehr, die wesentlich teurer sei als eine Freiwillige Feuerwehr.

Herrn Schachner ginge es bei seinem Vorschlag nicht rein nur um finanzielle Gründe, sondern wegen der besonderen Lage der Wehr in Loga auch darum, aus organisatorischen Gründen neue Überlegungen anzustreben. Hierzu müsse man sich zwanglos in einem offenen Gespräch zusammensetzen und alternativ nach neuen Lösungsmöglichkeiten suchen.

Frau Bockhöfer zeigte sich erstaunt über die Aussage von Herrn Schmidt zwecks Schaffung einer Gesamtschule im Bereich der Weststadt. Dies sei 2007 der Vorschlag der FDP-Fraktion gewesen; hier sei damals aber keine Kooperationsbereitschaft gezeigt worden.

Herr Schachner wies auf die gestrige Sitzung hin, in der die SPD-Fraktion einen großen Schritt hinsichtlich der nunmehr gestrichenen Umsetzung des Jugendtreffs Weststadt getan habe. Es solle hier doch vermieden werden, neue Fronten aufzubauen; man müsse jetzt vorrangig im Sinne der Sache Entscheidungen treffen.

Der Bürgermeister wies auf die im Unterabschnitt 8800 angeführten beantragten Mittel von 2,685 Mio. € für den Um- und Ausbau der städtischen Wohnungen hin. Dies seien aber Mittel für ein Mehrjahresprogramm und nicht allein für 2010 gedacht. Die Gesamtsumme solle auch noch reduziert werden. Bei allen Sanierungsaufwendungen müsse zudem im Vordergrund die Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen stehen.

Herr Düngemann bat um Information, warum nur für den Julianenpark, nicht aber für den Philippsburger Park Mittel angefordert worden seien.

Der Bürgermeister informierte, dass der Philippsburger Park in das Dorferneuerungsprogramm aufgenommen worden solle. Man werde auch noch versuchen, dies für den Julianenpark zu erreichen.

Herr Sattler richtete seine Bitte an die Verwaltung, für die Investitionen bei den Feuerwehren einen entsprechenden Vorschlag zu erarbeiten.

TOP 5 Informationen

Es lagen keine Informationen vor.

TOP 6 Anfragen

Herr Sattler erinnerte an den Erlass des MI hinsichtlich der Anforderung, eine kommunale Richtlinie für die Aufnahme von Kreditmarktmitteln zu erstellen. Dies sollte bis Dezember 2009 spätestens erfolgt sein.

Herr Hinrichs verwies auf den bereits lange vor der Erlassregelung des MI seitens der Stadt Leer in eigenem Interesse erwirkten Ratsbeschluss für die Aufnahme derartiger Finanzierungsmittel. Sie habe sich in der Vergangenheit in der Praxis bewährt. Man werde von der Verwaltung bemüht sein, die Erlassanforderungen an diese Richtlinie in knapper, aber praktischer Form umzuwandeln.

Herr Lüken wies auf die einhellige Rechtslage zur Erfordernis der Richtlinie hin; das RPA habe nie von speziellen Inhalten gesprochen.

Herr Sattler bat nochmals, die Anmerkungen des Rechnungsprüfungsamtes zu beachten und entsprechend zu handeln.

Der Bürgermeister verdeutlichte zum Abschluss nochmals, dass es nicht richtig sei, die Verwaltung hätte hier nicht gehandelt; im Gegenteil – die Stadt Leer war den Anforderungen bereits weit voraus. Die Richtlinie wird aber wunschgemäß angepasst werden.

Da keine weiteren Anfragen vorlagen, schloss der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 16.32 Uhr und eröffnete im Anschluss daran den nichtöffentlichen Teil.

gez. Hauke Sattler
Schubert

gez. Wolfgang Kellner

gez. Hartmut

Vorsitzende/r

Bürgermeister

Protokollführer/in

F.d.R.:

Protokollführer/in